

A) Öffentlicher Teil	4
1. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner	4
2. Niederschrift vom 10.6.2010	4
3. Prüfung des Jahresabschlusses 2008	4
Bezug: RPA 24.6.10	4
Vorlage-Nr. 43/99 u	4
4. Gesamtabschlussrichtlinie für den NKF-Gesamtabschluss der Stadt Brühl	5
Bezug: HA 10.5. und 21.6.10	5
Vorlage-Nr. 23/10	5
5. Ermächtigungsübertragung aus dem Haushaltsplan 2009 nach 2010	5
Bezug: HA 21.6.10	5
Vorlage-Nr. 40/09 u	5
6. Überplanmäßige Ausgaben	5
6.1 Sanierungsgebiet Brühl-City: Umbau des Steinweges	5
Vorlage-Nr. 200/85 n	5
6.2 Einladung der türkischen Freundschaftsstadt Kas	8
Vorlage-Nr. 130/91 r	8
7. Integration von Menschen mit Migrationshintergrund	9
hier: Auswertung der Integrationskennzahlen/Integrationsplan der Stadt Brühl	9
Bezug: SoMiA 22.4.10, IntA 15.3. und 22.6.10	9
Vorlage-Nr. 12/05 m	9
8. Gesellschafterversammlung Gebausie	9
hier: Jahresabschluss 2009	9
Vorlage-Nr. 88/95 ah	9
9. Ausschussbesetzungen	10
9.1 Entsendung sachkundiger Einwohnerinnen und Einwohner gem. § 58 Abs. 4 GO in den Ausschuss für Soziales und Migration	10
hier: Wahl von Interessenvertreterinnen und –vertretern aus dem Obdachlosenbereich Lupinenweg	10
Vorlage-Nr. 105/94 dg	10
9.2 Umbesetzung im Ausschuss für Planung und Stadtentwicklung (PStA), Ausschuss für Soziales und Migration (SoMiA) und im Verkehrsausschuss	10
hier: Antrag der Fraktion ‚DIE LINKE.‘ vom 20.6.10	10
Vorlage-Nr. 105/94 dh	10
10. Mitteilungen	10
10.1 Schulausschusssitzung am Dienstag, 13.7.2010	10
11. Anfragen	10
11.1 Geschwindigkeitsmesstafel Talstraße	10
11.2 Parken Maximilian-Franz-Straße	11
11.3 Sperrung Mühlenstraße	11
11.4 „Biologische Vielfalt in den Kommunen“	11
11.5 Straßenschäden Kierberger Straße	11

11.6 Stadtjubiläum „725-Stadt-Brühl“	12
11.7 Fahrraddiebstähle	12
11.8 Verkehrsausschusssitzung am 6.7.2010	12
11.9 Buslinie BTV-Sportzentrum	12
11.10 Dienstreise in die türkische Freundschaftsstadt Kas	13
11.11 Familienpolitik	13
11.12 Ratsfoto	13
11.13 UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung	13
11.14 Behindertenbeauftragter	13
B) Nichtöffentlicher Teil	15
12. Mitteilungen	15
12.1 Fahrradflyer	15
13. Anfragen	15
13.1 Ehemaliger Fischladen Carl-Schurz-Straße	15
13.2 Villa Kaufmann	15
13.3 Brauhaus Brühl-Ost	15
13.4 Giesler-Galerie	15
13.5 Familienberatungsstelle Gartenstraße 6	16
13.6 Kriminalität in Brühl	16
13.7 Ladenlokal „Sasse“	16

Bürgermeister Kreuzberg eröffnet die Sitzung und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit der Versammlung fest.

A) Öffentlicher Teil

Zur Tagesordnung:

Fraktionsvorsitzender vom Hagen (Grüne) erklärt, dass seine Fraktion den Antrag unter TO-Pkt. 9.1 „Umbenennung des Ausschusses für Soziales und Migration und Übertragung von Aufgaben auf den Integrationsausschuss“ zurückziehe.

Bürgermeister Kreuzberg stellt fest, dass der Tagesordnungspunkt damit entfällt.

1. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner

Herr Johannes Könen, Schultheistr. 54, Brühl, nimmt Bezug auf das angekündigte Sparpaket der Regierung, das derzeit in aller Munde sei. Er fragt, welche Auswirkungen diese Sparbeschlsse auf die Stadt Brühl hätten.

Bürgermeister Kreuzberg teilt mit, dass die negativen und positiven finanziellen Auswirkungen derzeit errechnet würden und er davon ausgehe, nach den Sommerferien konkretere Angaben machen zu können.

2. Niederschrift vom 10.6.2010

Gegen die Fassung der Niederschrift vom 10.6.2010 werden keine Einwände erhoben.

3. Prüfung des Jahresabschlusses 2008

Bezug: RPA 24.6.10

Vorlage-Nr. 43/99 u

Stellvertretender Bürgermeister Poschmann übernimmt die Sitzungsleitung.

Der **Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses, Ratsherr Dahmen** (CDU), weist auf eine redaktionelle Änderung auf S. 3 der Vorlage hin. Dort müsse die in der Tabelle über die Entwicklung der allgemeinen Rücklage und der Ausgleichsrücklage aufgeführte Jahreszahl 2007 in der letzten Spalte geändert werden in 2008.

Im übrigen habe der Rechnungsprüfungsausschuss den Beschluss - wie in der Vorlage vorgelegt - einstimmig gefasst.

Ratsherr Blanke (SPD) bemerkt, dass seine Fraktion eine Stellungnahme der Verwaltung zum Prüfbericht vermisste. Hierdurch würden sich sicherlich verschiedene Anmerkungen relativieren und man könne gleichzeitig feststellen, ob Probleme gelöst worden seien. Er bitte daher, künftig einen entsprechenden Bericht beizufügen.

Darüber hinaus hätte er gerne gewusst, ob der Bericht der Prüfer nicht öffentlich gemacht werden könne.

Stadtkämmerer Freytag teilt mit, dass dies grundsätzlich möglich sei, wenn ein entsprechender Ratsbeschluss gefasst werde.

Fraktionsvorsitzender Riedel (LINKE) teilt mit, dass sich seine Fraktion bei der Abstimmung enthalten werde, da die LINKEN im Jahre 2008 noch nicht im Rat vertreten gewesen seien.

Fraktionsvorsitzender Schmitz (fw/bVb) berichtet, dass der Vergabeausschuss in seiner heutigen Sitzung beschlossen habe, zur Prüfung des Jahresabschlusses 2009 eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hinzuzuziehen.

Der Rat beschließt:

- a) Der Rat nimmt den Bestätigungsvermerk des Rechnungsprüfungsausschusses zur Prüfung des Jahresabschlusses 2008 der Stadt Brühl, welcher basiert auf der durch die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Rödl & Partner, 50678 Köln, vorgenommenen Prüfung und des daraus resultierenden Bestätigungsvermerks, zur Kenntnis.
- b) Der Jahresabschluss 2008 der Stadt Brühl wird gem. § 96 Abs. 1 GO NRW mit einer Bilanzsumme von 339.179.952,50 € und einem Jahresüberschuss von 10.697.253,51 € festgestellt.
- c) Der Jahresüberschuss von 10.697.253,51 € wird der Ausgleichsrücklage zugeführt.
- d) Dem Bürgermeister wird die vorbehaltlose Entlastung erteilt.
- e) Der Jahresabschluss 2008 wird gem. § 96 Abs. 2 GO NRW öffentlich bekannt gemacht und ist bis zur Feststellung des folgenden Jahresabschlusses zur Einsichtnahme verfügbar zu halten.

- einstimmig bei 2 Enthaltungen – (Bürgermeister Kreuzberg hat an der Abstimmung nicht teilgenommen)

Bürgermeister Kreuzberg übernimmt wieder die Sitzungsleitung.

4. Gesamtabschlussrichtlinie für den NKF-Gesamtabschluss der Stadt Brühl

Bezug: HA 10.5. und 21.6.10

Vorlage-Nr. 23/10

Der Rat beschließt die Gesamtabschlussrichtlinie zur Erstellung des Gesamtabschlusses der Stadt Brühl mit Wirkung 01.01.2010.

- einstimmig bei 2 Enthaltungen -

5. Ermächtigungsübertragung aus dem Haushaltsplan 2009 nach 2010

Bezug: HA 21.6.10

Vorlage-Nr. 40/09 u

Der Rat nimmt die Übertragung von weiteren Ermächtigungen aus dem Haushalt 2009 nach 2010 gem. § 22 Abs. 4 Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO) zur Kenntnis.

6. Überplanmäßige Ausgaben

6.1 Sanierungsgebiet Brühl-City: Umbau des Steinweges

Vorlage-Nr. 200/85 n

Beigeordneter Schiffer bestätigt, dass man es hier mit einer sehr unerfreulichen Situation zu tun habe. Das Planungsbüro sei bei seiner Kostenkalkulation, die auch Grundlage für die Haushaltsanmeldung gewesen sei, von einem falschen Flächenmaß ausgegangen, welches erst im Verlauf der weiteren

Planungen korrigiert worden sei und nun zu einem Mehrbedarf in Höhe von 90.000 € führe. Selbstverständlich werde man prüfen, inwieweit dieser Rechenfehler dem Planerbüro angelastet werden könne; allerdings werde es schwierig sein, die Verantwortung finanziell festzulegen. Er bitte allerdings, bei den weiteren Beratungen zu berücksichtigen, dass man mit dem Umbau des Steinweges noch in diesem Jahr beginnen müsse, um in den Genuss der Fördermittel zu kommen, die ansonsten im nächsten Jahr verfielen.

Abschließend erinnert er an die ohnehin bestehende Notwendigkeit, im Bereich des Kaufhofes Reparaturarbeiten im Steinweg vorzunehmen. Unabhängig von der Frage der Fördermittel müssten zur Beseitigung der dortigen Absackungen ohnehin Gelder aufgebracht werden.

Ratsherr Weesbach (SPD) stellt fest, dass es hier um erhebliche Mehrkosten in Höhe von 20 % gehe auf ein ohnehin kostspieliges Projekt, das nicht unumstritten gewesen sei. Er schlage daher vor, den Beschluss unter Vorbehalt zu fassen und darauf hin zu wirken, dass das Planerbüro sich an den Mehrkosten beteilige. Der Rat sollte nur dann zusätzliche 90.000 € bereitstellen, wenn das Planerbüro bzw. dessen Versicherung diese Mehrkosten nicht übernehme.

Bürgermeister Kreuzberg erklärt, dass man diesem Vorschlag nicht nachkommen könne, da derzeit geprüft werde, ob überhaupt ein Schaden entstanden sei. Wenn kein Schaden entstanden sei, bestehe allerdings eventuell die Möglichkeit, weitere Fördermittel nachträglich zu beantragen.

Der **Vorsitzende des Vergabe- und Liegenschaftsausschusses, Fraktionsvorsitzender Schmitz** (fw/bVb), teilt mit, dass der Vergabeausschuss vorbehaltlich der Mittelbereitstellung durch den Rat dem günstigsten Anbieter den Auftrag erteilt habe.

Ratsfrau Niclasen (Grüne) stellt richtig, dass es sich - entgegen der Darstellung des Ratsherren Weesbach - um eine Kostensteigerung um 50 % handele, da die Stadt Brühl Eigenmittel in Höhe von ursprünglich 180.000 € beisteuern müsse. Es handele sich somit um einen extrem hohen Kostenanstieg, über den man hoffentlich im nichtöffentlichen Teil Näheres erfahre. Ihre Fraktion lehne die Bereitstellung weiterer 90.000 € in jedem Falle ab, da man dieses Geld wesentlich sinnvoller in andere Projekte stecken könne.

Bürgermeister Kreuzberg bestätigt, dass ein solcher Irrtum nicht passieren dürfe und sehr ärgerlich sei. Die Maßnahme würde nun für die Stadt Brühl teurer, könne allerdings nicht ausfallen. Wie bereits dargestellt werde man Fördermittel für den Mehrbetrag beantragen, so dass man nicht von einer 50prozentigen Steigerung sprechen könne.

Fraktionsvorsitzender Pitz (FDP) glaubt, dass hier eine Schadensersatzforderung nicht erfolgreich sei, da es sich um so genannte „Sowieso-Kosten“ handele. Da der Rechenfehler bereits im Vorfeld aufgefallen sei, sei noch kein Schaden entstanden. Aus diesem Grunde sei auch ein Vorbehaltsbeschluss rechtlich nicht möglich. Man könne nun entscheiden, ob man die Maßnahme durchführe oder nicht.

Die Notwendigkeit und Sinnhaftigkeit der Maßnahme sei allerdings ausgiebig diskutiert worden, so dass man aus seiner Sicht daran festhalten sollte.

Fraktionsvorsitzender Klug (CDU) bezeichnet die Angelegenheit ebenfalls als überaus ärgerlich. Allerdings sei der Rechenfehler bereits bei der Ausarbeitung des Leistungsverzeichnisses aufgefallen, so dass ein Schaden wohl nicht entstanden sei. Wenn man die Maßnahme nun ablehne, habe man das Grundproblem im Bereich des Kaufhofs noch nicht gelöst. Er halte es für wirtschaftlich unsinnig, dies als Einzelmaßnahme durchzuführen. Aus diesem Grunde stimme seine Fraktion der Vorlage zu.

Ratsherr Weber (Grüne) ist sehr verwundert, dass der Fehler in der Kostenkalkulation bereits bei der Vorbereitung der Ausschreibungsunterlagen aufgefallen und nicht unverzüglich dem Rat

mitgeteilt worden ist. Man hätte den Rat fragen müssen, ob dieser unter den erheblich veränderten Bedingungen weiterhin bereit sei, der Maßnahme „Umbau Steinweg“ die bestehende Priorität zu geben. Stattdessen habe man die Ausschreibung weiter laufen lassen und konfrontiere den Rat erst heute, an dem Tag, wo der Vergabeausschuss bereits den Auftragsbeschluss gefasst habe - wenn auch unter Vorbehalt - mit den erheblichen Mehrkosten. Nun werde die Absackung im Bereich des Kaufhofes als Argument angeführt, obwohl er bereits seit langem darauf hinweise, dass auch die Wallstraße dringend sanierungsbedürftig sei. Hier bestehe anscheinend kein Handlungsbedarf. Im Vergleich dazu seien die Kanäle im Steinweg allerdings nicht so dringend sanierungsbedürftig.

Abschließend stellt er fest, dass die gesamte Maßnahme nun auf dem Prüfstand stehe, da aufgrund schlampiger Arbeit falsche Informationen geliefert worden seien. Man müsse das Projekt völlig neu aufgreifen.

Bürgermeister Kreuzberg kritisiert, dass Herr Weber von Dingen ausgehe, die nie gesagt worden seien. Ansonsten könne man zu diesen „wundersamen Fiktionen“ nicht mehr sagen.

Stellvertretender Fraktionsvorsitzender Berg (SPD) fragt, ob man nicht in Anbetracht der erheblichen Fehl kalkulation über eine Aufhebung der Ausschreibung hätte nachdenken müssen. Darüber hinaus hätte er gerne gewusst, ob verbindlich zugesagt werden könne, dass in der Planung nicht noch weitere Fehler steckten, die im Nachhinein Geld kosteten.

Beigeordneter Schiffer führt aus, dass der Fehler in der Berechnung zu einem ganz frühen Zeitpunkt entstanden sei, als man die Fördermittel beantragt habe. Bei der späteren konkreten Ausbauplanung sei der Fehler dann aufgefallen. Man müsse allerdings feststellen, dass das Planerbüro ansonsten eine 100 % korrekte Kostenschätzung vorgenommen habe, hätte man die fehlende Fläche von vornherein mit eingeplant.

Mit dem Planerbüro, dem die ganze Angelegenheit überaus peinlich sei, unterhalte man sich im Übrigen auch über einen finanziellen Ausgleich außerhalb einer Schadensanerkennung.

Insgesamt gehe man nun davon aus, mit den Mitteln auszukommen.

Fraktionsvorsitzender Riedel (LINKE) beantragt, wegen der unklaren Situation die Angelegenheit zu vertagen, damit die Verwaltung bis zur nächsten Ratssitzung weitergehende Informationen vorlegen könne.

Bürgermeister Kreuzberg macht deutlich, dass alles gesagt worden sei, was zu sagen sei. Von daher sei die Angelegenheit nun entscheidungsreif. Im Übrigen weist er nochmals auf die Förderschädlichkeit hin, wenn in diesem Jahr nicht 1/3 der Maßnahme umgesetzt werde. Dies werde sicherlich wesentlich teurer, zumal auch der Kanal dringend sanierungsbedürftig sei.

Ratsherr Weber (Grüne) fragt nochmals nach, warum der Bürgermeister den Rat nicht frühzeitiger über diese eklatante Abweichung informiert habe. Er gehe davon aus, dass die Abweichungen bereits vor dem Ausschreibungstermin am 18.5.2010 bekannt gewesen seien.

Bürgermeister Kreuzberg verweist auf die ausführliche Stellungnahme des Beigeordneten Schiffer zu Beginn der Beratung dieses Tagesordnungspunktes.

Fraktionsvorsitzender Dr. Petran (SPD) führt aus, dass neben den eigentlichen Ausbaukosten auch das Planungsbüro mit einem nicht unerheblichen Betrag in der Gesamtsumme enthalten sei. Da nun Minderleistungen entstanden seien, müssten in diesem Bereich Verhandlungen möglich sein.

Bürgermeister Kreuzberg erwidert, dass Herr Dr. Petran verstanden habe, was Herr Schiffer gesagt habe. Er lege insofern Wert auf die Feststellung, dass dies bereits angedeutet worden sei.

Ratsherr Bohlken (fw/bVb) gibt zu bedenken, dass jeder, der schon einmal mit dieser Materie zu tun gehabt habe, wisse, dass hier Fehler entstehen können. Man könne sich zwar hierüber streiten und auch politische Profilierungsreden halten; Tatsache sei allerdings, dass hier etwas gemacht

werden müsse, da kompetente Fachleute hierüber nachgedacht hätten. Er sei daher der Ansicht, dass weitere Redebeiträge Zeitverschwendung seien.

Ratsherr Weber (Grüne) bittet, seine Äußerungen zu Protokoll zu nehmen und die Fragen in der Niederschrift zu beantworten.

Wann war der Verwaltung der Rechenfehler bekannt?

Der Berechnungsfehler bei der Flächenermittlung fiel im Rahmen der Ausarbeitung des Leistungsverzeichnisses im Mai 2010 auf. Um die finanzielle Auswirkung genau beziffern zu können, musste das Submissionsergebnis abgewartet werden. Zum Submissionstermin am 17. Juni 2010 stellte sich dann ein Mehrbedarf in Höhe von 90.000 € konkret dar.

Warum ist der Rat hierüber nicht informiert worden?

Aufgrund des Submissionsergebnisses vom 17.6.2010 wurde in der Ratsvorlage vom 28.6.2010 (Vorlage 200/85 n) die geänderte Kostensituation dargestellt und dem Rat zum nächst möglichen Zeitpunkt (Ratssitzung am 5.7.2010) und vor einer weiteren Beschlussfassung in dieser Angelegenheit zur Kenntnis gegeben. Die terminlich bedingte Auftragsvergabe vor der Ratssitzung wurde aus diesem Grunde unter Vorbehalt gestellt.

1. Der Rat lehnt den Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Vertagung des Tagesordnungspunktes ab.

Abstimmungsergebnis: 47 : 2

2. Der Rat beschließt die überplanmäßige Bereitstellung eines Betrages in Höhe von 90.000,00 € bei Kostenstelle 54018600, Sachkonto 785200 – Sanierungsgebiet Brühl-City: Umbau des Steinweges

Deckungsvorschlag:

Kostenstelle 54017400 – Theodor-Körner-Straße
Konto 785200 – Auszahlung für Straßenbaumaßnahmen

Bei dem hier im Haushaltsjahr 2010 bereitgestellten Betrag in Höhe von 270.000 € für die Straßenbaumaßnahme Theodor-Körner-Straße, kann aufgrund des Submissionsergebnisses mit Einsparungen von 90.000 € gerechnet werden.

Abstimmungsergebnis: 30 : 9 bei 10 Enthaltungen

6.2 Einladung der türkischen Freundschaftsstadt Kas **Vorlage-Nr. 130/91 r**

Der Vorsitzende **des Ausschusses für Kultur-, Partnerschaften und Tourismus, Ratsherr Hosmann** (CDU), erklärt, dass ihm als zuständigen Ausschussvorsitzenden zwei Herzen in der Brust schlugen, er aus finanziellen Gründen die Reise allerdings ablehne.

Der Rat genehmigt für nachstehende Delegationsteilnehmer eine Dienstreise nach Kas vom 28.10.2010 bis 01.11.2010 und beschließt eine überplanmäßige Ausgabe in Höhe von 6.000,00 €

Deckung:

Sachkonto 461500 / Kostenstelle 61010000
Mehreinnahmen Zinsen aus Darlehenserstattung

Delegationsteilnehmer:

1. Dietmar Vetterling (CDU)
2. Heinz Jung (SPD)
3. Dr. Karin Tieke (Grüne)
4. Stefan Wehr (FDP)
5. Ulla Baule (fw/bVb)
6. Matthias Sauer (Linke)

Abstimmungsergebnis: 46 : 2 bei 1 Enthaltung

7. Integration von Menschen mit Migrationshintergrund
hier: Auswertung der Integrationskennzahlen/Integrationsplan der Stadt Brühl
Bezug: SoMiA 22.4.10, IntA 15.3. und 22.6.10
Vorlage-Nr. 12/05 m

Ratsfrau Dr. Tieke (Grüne) teilt mit, dass sie den Integrationsplan nun schon zum vierten Mal bekommen habe. Sie fragt, ob man künftig nicht lediglich die geänderten Seiten austauschen könne.

Stadtkämmerer Freytag bemerkt, dass Frau Dr. Tieke wohl in mehreren Gremien vertreten sei. Unabhängig davon werde er den Vorschlag jedoch gerne aufgreifen.

Ratsherr Bohlken (fw/bVb) nimmt Bezug auf den Hinweis auf S. 16 des Berichts. Dort sei unter Punkt 8, Buchstabe b „Vereine“ dargestellt, dass von 250 verschickten Anfragen lediglich 50 Rückmeldungen eingegangen seien und einige mitgliederstarke Brühler Vereine sich nicht zurückgemeldet hätten. Es sei sehr bedauerlich, dass die Vereine aus diesem Grunde nicht gewertet werden könnten.

1. Der Rat nimmt die Auswertung der Integrationskennzahlen für die Stadt Brühl zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, die Kennzahlen regelmäßig fortzuschreiben.
2. Der Rat beschließt den Integrationsplan für die Stadt Brühl und beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung.

- einstimmig -

8. Gesellschafterversammlung Gebausie
hier: Jahresabschluss 2009
Vorlage-Nr. 88/95 ah

Der Rat beauftragt den Gesellschaftsvertreter, Ratsherrn Wolfgang Poschmann, in der Gesellschafterversammlung der Gebausie (Gesellschaft für Bauen und Wohnen mbH) folgende Beschlüsse herbeizuführen:

1. Jahresabschluss, Lagebericht und die in der Erläuterung dargestellte, von der Geschäftsführung vorgeschlagene Gewinnverwendung der Gebausie (Gesellschaft für Bauen und Wohnen mbH) für das Wirtschaftsjahr 2009 wird in der vorgelegten Form genehmigt und der Jahresabschluss 2009 festgestellt.
2. Geschäftsführer und Aufsichtsrat der Gebausie wird für das Geschäftsjahr 2009 Entlastung erteilt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei 2 Enthaltungen

9. Ausschussbesetzungen

9.1 Entsendung sachkundiger Einwohnerinnen und Einwohner gem. § 58 Abs. 4 GO in den Ausschuss für Soziales und Migration hier: Wahl von Interessenvertreterinnen und -vertretern aus dem Obdachlosenbereich Lupinenweg Vorlage-Nr. 105/94 dg

Der Rat der Stadt Brühl beschließt die Entsendung von Vertreterinnen und Vertretern aus dem Obdachlosenbereich in den Ausschuss für Soziales und Migration und wählt gem. § 58 Abs. 4 GO NW folgende sachkundige Einwohnerinnen und Einwohnern zu Mitgliedern bzw. stellvertretenden Mitgliedern:

Ordentliche Mitglieder

1. Herr Wilhelm Keller, Lupinenweg 9 a
2. Frau Elisabeth Fahrenberger, Rodderweg 3

Stellvertretende Mitglieder

1. Herr Paul Mörs, Lupinenweg 6
2. Frau Petra Molnar, Lupinenweg 25

- einstimmig -

9.2 Umbesetzung im Ausschuss für Planung und Stadtentwicklung (PStA), Ausschuss für Soziales und Migration (SoMiA) und im Verkehrsausschuss hier: Antrag der Fraktion ‚DIE LINKE.‘ vom 20.6.10 Vorlage-Nr. 105/94 dh

Der Rat stimmt dem Antrag der LINKEN zu, an Stelle der sachkundigen Bürgerin Silke Behr den sachkundigen Bürger Thomas Metze als Mitglied in den Ausschuss für Planung und Stadtentwicklung zu berufen,
an Stelle der sachkundigen Bürgerin Silke Behr den Ratsherrn Eckhard Riedel und an Stelle der stellvertretenden sachkundigen Bürgerin Ursula Strobl-Sauer den Ratsherrn Matthais Sauer in den Ausschuss für Soziales und Migration zu berufen und
Ratsmitglied Matthias Sauer an Stelle von Ratsmitglied Eckhard Riedel als Mitglied und an Stelle von Ratsmitglied Matthias Sauer den sachkundigen Bürger Thomas Metze als stellv. Mitglied in den Verkehrsausschuss zu berufen.

- einstimmig -

10. Mitteilungen

10.1 Schulausschusssitzung am Dienstag, 13.7.2010

Erster Beigeordneter Brandt teilt mit, dass die im Sitzungskalender am 13.7.2010 vorgesehene Schulausschusssitzung ausfalle und verlegt werde auf den 5. Oktober 2010.

11. Anfragen

11.1 Geschwindigkeitsmesstafel Talstraße

Ratsherr Weesbach (SPD) nimmt Bezug auf die Zusage der Verwaltung, auf der Talstraße in Brühl-Kierberg eine Geschwindigkeitsmesstafel aufzustellen. Bedarf sei insbesondere im unteren Bereich; dort beklagten sich die Anwohnerinnen und Anwohner über zu schnelles Fahren. Nun sei eine Messtafel bergaufwärts installiert worden in einem Teilbereich, wo ohnehin langsam gefahren werden.

Die Tafel habe – wenn er sie passiert habe – nie etwas angezeigt. Mittlerweile sei die Tafel nun wieder ganz abgebaut worden. Er fragt, wie die weiteren Planungen der Verwaltung hier aussehen würden.

Bürgermeister Kreuzberg legt dar, dass die Messtafel auch in Betrieb sei, wenn sie nichts anzeige. Dies sei in diesem Fall, wo bereits mehrfach Messungen durchgeführt worden seien, die richtige Strategie; es gehe um „stille“ Ergebnisse. Grundsätzlich werde eine Messtafel nacheinander in beide Richtungen aufgestellt. Er werde aber noch einmal nachhören.

11.2 Parken Maximilian-Franz-Straße

Fraktionsvorsitzender Schmitz (fw/bVb) berichtet von Beschwerden der Anwohnerinnen und Anwohner in der Maximilian-Franz-Straße. Dort komme es, insbesondere bei größeren Veranstaltungen des BTV, zu starken Behinderungen durch parkende Fahrzeuge auf beiden Straßenseiten. Ein Begegnungsverkehr sei in diesen Fällen nicht mehr möglich. Er bittet zu prüfen, wie man diese Störungen künftig ausschließen kann.

Bürgermeister Kreuzberg sagt weitere Veranlassung zu.

11.3 Sperrung Mühlenstraße

Fraktionsvorsitzender Schmitz (fw/bVb) nimmt Bezug auf die Mitteilung in der Presse, dass die Mühlenstraße gesperrt werde. Er hätte gerne eine Information darüber, in welchem Bereich die Sperrung erfolge und wie lange diese voraussichtlich dauere.

Bürgermeister Kreuzberg teilt mit, dass die Sperrung wegen Pflasterarbeiten im Bereich des Stern vom 9.7.10, 17.00 Uhr, bis zum 11.7.10, 22.00 Uhr, erfolge.

11.4 „Biologische Vielfalt in den Kommunen“

Stellvertretende Fraktionsvorsitzende Niclasen (Grüne) nimmt Bezug auf einen entsprechenden Artikel vor ca. 4 Wochen im Brühler Schlossboten. Dort sei von verschiedenen Kommunen ein gemeinsamer Text für eine Deklaration erarbeitet worden für das Projekt „Biologische Vielfalt in den Kommunen“. Sie fragt, ob der Stadt Brühl diese Deklaration bekannt sei und ob eine Beteiligung beabsichtigt sei. Diese würde sich ihres Erachtens anbieten, da Brühl eine Agenda-Stadt sei und bestimmte Standards bereits formuliert seien.

Bürgermeister Kreuzberg teilt mit, dass ihm der Deklarationstext bekannt sei. Es sei hierüber in der Bürgermeisterkonferenz des Rhein-Erft-Kreises gesprochen worden und alle Bürgermeister hätten die Unterzeichnung einhellig abgelehnt, da die genauen Auswirkungen noch völlig unklar seien. Man wolle sich hiermit erst wieder beschäftigen, wenn konkretere Informationen bekannt seien.

11.5 Straßenschäden Kierberger Straße

Stellvertretende Fraktionsvorsitzende Baule (fw/bVb) weist darauf hin, dass die Kierberger Straße noch starke Winterschäden aufweise. Sie fragt, ob diese im Rahmen einer neuen Straßendecke beseitigt würden; ansonsten bitte sie um Behebung der Schäden.

Bürgermeister Kreuzberg sagt weitere Veranlassung zu.

11.6 Stadtjubiläum „725-Stadt-Brühl“

Fraktionsvorsitzender vom Hagen (Grüne) nimmt Bezug auf seine Frage nach den Kosten für das Stadtjubiläum anlässlich der letzten Ratssitzung am 10. Juni 2010. Der Bürgermeister habe ihm damals zeitnahe Beantwortung zugesagt.

Bürgermeister Kreuzberg teilt mit, dass das Antwortschreiben verschickt sei.

11.7 Fahrraddiebstähle

Fraktionsvorsitzender vom Hagen (Grüne) fragt, ob aus Sicht der Verwaltung aufgrund der Aufdeckung des Fahrradschieberringes damit zu rechnen sei, dass die Zahl der Fahrraddiebstähle in Brühl wieder auf ein normales Niveau sinke. Auf die Anfrage der Ratskollegin Niclasen in der Ratssitzung am 17. Mai habe der Bürgermeister in einer aus seiner Sicht unangemessenen Art und

Weise kritisiert, dass eine solche Anfrage mit dem Hinweis, dass einer Bekannten das Fahrrad gestohlen worden sei, in einem solchen Gremium völlig unangebracht sei. Des Weiteren habe der Bürgermeister geantwortet, dass in Brühl aufgrund der erhöhten Anzahl von Fahrrädern auch statistisch gesehen mehr Fahrraddiebstähle zu verzeichnen seien. Nur der Presse sei es anschließend zu verdanken gewesen, dass die Brühler Bevölkerung diesbezüglich aufmerksam gemacht worden sei

und dies wohl schließlich zur Aufdeckung des Täterringes geführt habe.

Ohne eine persönliche Motivation wolle man daher in der heutigen Ratssitzung wieder nachfragen. Brühl sei eine fahrradfreundliche Stadt und dürfe nicht als diebstahlfreundliche Stadt verstanden werden.

Bürgermeister Kreuzberg stellt richtig, dass sich die Anfrage von Frau Niclasen darauf bezogen habe, was die Stadtverwaltung unternehme. Darauf hin habe er geantwortet, dass man im Gespräch mit der Polizei stehe und die wiedergegebene Einschätzung die der Polizei sei. Er wiederhole daher nochmals deren Aussage, dass nicht verwunderlich sei, dass in einer Stadt wie Brühl, wo es sehr viel Fahrradverkehr gebe, der Anteil der Fahrraddiebstähle auch entsprechend höher sei. Dass nun in Brühl eine Bande aufgedeckt worden sei, bestätige diese Aussage. Er hoffe, dass alle verloren gegangenen Fahrräder wieder zurückgegeben worden seien.

11.8 Verkehrsausschusssitzung am 6.7.2010

Ratsherr Bortlitz-Dickhoff (Grüne) fragt, ob es für den Verkehrsausschuss nichts zu tun gäbe, da die Sitzung ausfalle.

Der **Vorsitzende des Verkehrsausschusses, Ratsherr Gerharz** (CDU) bezeichnet diese Aussage als unerhört. Er habe die Sitzung abgesagt, da es lediglich einen Antrag gebe, der durchaus nach den Sommerferien behandelt werden könne. Er achte sehr auf Kosten und Effizienz einer Sitzung und halte die Absage im Hinblick auf die derzeitige Haushaltssituation durchaus für gerechtfertigt.

11.9 Buslinie BTV-Sportzentrum

Ratsherr Bortlitz-Dickhoff (Grüne) weist darauf hin, dass die Linie 990 regelmäßig verbotswidrig im Wendehammer mitsamt den Insassen wende. Dies könne er durch einen Videofilm belegen und auch bezeugen. Er bitte, dies zu prüfen, auch im Hinblick darauf, dass die Genehmigung für das Sportzentrum unter der Bedingung der öffentlichen Anbindung an das Busliniensystem erteilt worden sei.

Bürgermeister Kreuzberg sagt Prüfung zu.

11.10 Dienstreise in die türkische Freundschaftsstadt Kas

Ratsherr Bortlisz-Dickhoff (Grüne) fragt, ob es nicht bisher üblich gewesen sei, eine Einladung aus einer Partner- bzw. Freundschaftsstadt anzunehmen. Es sei s. E. nicht angemessen, einen solchen Besuch aus Kostengründen abzulehnen.

Bürgermeister Kreuzberg bestätigt, dass er dies ebenfalls so sehe und dass dies in der Vergangenheit auch so gehandhabt worden sei. Er halte es daher für angebracht, die Einladung anzunehmen, zumal es einen Bürgermeisterwechsel in Kas gegeben habe. Natürlich müsse man stets bedenken, wie man noch weitere Einsparungen erzielen könne; allerdings werde dieser Bereich bereits sehr spartanisch behandelt.

11.11 Familienpolitik

Ratsfrau Mäsgen (Grüne) nimmt Bezug auf ihre diesbezügliche Anfrage in der Hauptausschusssitzung am 19.4.2010. Sie bedankt sich für die ausführliche Antwort, sieht ihre Anfrage allerdings nichts ausreichend beantwortet und wolle diese daher nochmals wiederholen. Sie habe gefragt nach dem Sachstand in Sachen Zertifizierungsprozess „Stadt als familienfreundlicher Betrieb“. Darüber hinaus hätte sie gerne gewusst, wann der Fachbeirat „Familienbündnis“ zuletzt getagt habe und wann er das nächste Mal tagen werde.

Bürgermeister Kreuzberg sagt schriftliche Beantwortung zu.

11.12 Ratsfoto

Ratsherr Fischer (CDU) nimmt Bezug auf das heute überreichte Foto des Rates der Stadt Brühl und fragt, welches Datum für dieses Foto die Gültigkeit hergebe. Dies sei ihm nicht ganz klar, da einzelne Ratsmitglieder auf dem Foto eingefügt worden seien, die an der betreffenden Ratssitzung nicht teilgenommen hätten.

Bürgermeister Kreuzberg teilt mit, dass das Foto am 14. Dezember 2009 aufgenommen worden sei.

11.13 UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung

Fraktionsvorsitzender Riedel (LINKE) nimmt Bezug auf die UN-Konvention, die im März 2009 in Kraft getreten sei. Auf vielen Ebenen beschäftige man sich mit dieser Konvention. Er fragt nach dem Sachstand in der Stadt Brühl.

Bürgermeister Kreuzberg führt aus, dass es in der Stadtverwaltung mit Herrn Klaus Schlerth einen Beauftragten für Menschen mit Behinderung gebe. Darüber hinaus sei dies auch ein Thema der Schulen, so dass sich ebenfalls der Fachbereichsleiter sowie der zuständige Dezernent mit der Thematik befassten. Im Übrigen werde man abwarten, was auf die Stadt Brühl zukomme auf der Grundlage neuer Regierungsabsprachen in Düsseldorf und dann entsprechend reagieren.

11.14 Behindertenbeauftragter

Stellvertretende Fraktionsvorsitzende Niclasen (Grüne) fragt, ob es richtig sei, dass der Behindertenbeauftragte immer noch in einem Büro im 2. Stock eines Gebäudes sitze, das keinen Aufzug habe.

Bürgermeister Kreuzberg weist zunächst darauf hin, dass dieses Thema bereits des Öfteren dargestellt und erläutert worden sei. Richtig sei, dass das Rathaus B keinen Aufzug habe und dass ein Teil des Gebäudes möglicherweise abgerissen werde. Derzeit werde eine Kostenbetrachtung erstellt. Danach werde entschieden, ob sich der Einbau eines Aufzuges lohne oder ob man ein neues Gebäude mit einem Aufzug anbaue. Aus diesem Grunde sei bisher noch nichts unternommen worden. Allerdings sei in einem ebenerdig gelegenen Raum ein

Besprechungszimmer eingerichtet worden, in dem sich der Behindertenbeauftragte bei Bedarf mit Menschen mit Behinderung treffe.